

Rohstoffe

Tobias Haas

Im Lexikon der internationalen Politik werden Rohstoffe definiert als

»ein unbearbeitetes Erzeugnis mineralischer, pflanzlicher oder tierischer Herkunft, das einer gewerblichen Be- oder Verarbeitung dient. Üblicherweise werden Rohstoffe darüber hinaus nach Verwendung und Gewinnung kategorisiert. Bezüglich ihrer Verwendung werden sog. Ernährungsgüter von Industrierohstoffen unterschieden, desgleichen werden sie hinsichtlich ihrer Gewinnung, also nach Gütern der Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei bzw. als Lagerstättenabbau (metallische Rohstoffe, sonstige mineralische Rohstoffe) unterschieden« (Chahoud 1997: 252).

Was mit dieser und ähnlichen formalen Definitionen von Rohstoffen jedoch unsichtbar bleibt, ist zunächst die soziale Konstruktion von Rohstoffen. Denn was als Rohstoff verstanden wird, wird gesellschaftlich ausgehandelt und ist dementsprechend historisch veränderbar. Für Rohstoffe gilt das, was auch für den breiter gefassten Begriff der Ressource gilt: »Ressourcen sind nicht; sie werden« (Zimmermann 1951: 15, eigene Übersetzung). Darüber hinaus ist der Prozess der symbolischen und materiellen Aneignung von Rohstoffen, darauf verweisen Ansätze aus der Politischen Ökologie, immer vermittelt mit gesellschaftlichen → Macht- und Herrschaftsverhältnissen und damit auch mit den → gesellschaftlichen Naturverhältnissen:

»Ob eine mit Bäumen bewachsene Fläche als Hindernis für den Ackerbau, als Rohstoffquelle, »deutscher Wald«, Erholungsgebiet oder CO₂-Senke angesehen wird, ist abhängig von hegemonialen Diskursen, Interessenskonstellationen und Prioritätensetzungen« (Schmitt 2017: 105).

Insofern sind Rohstoffe aus einer Perspektive der Politischen Ökologie nichts vorgeellschaftliches, sondern werden als solche über soziale Prozesse definiert und gegebenenfalls in Wert gesetzt.

Zugleich ist die Extraktion von Rohstoffen zentral für jede Form des Wirtschaftens. Sie stellt den Ausgangspunkt für die gesellschaftliche Aneignung von → Natur dar. In kapitalistischen Gesellschaften ist dieser Stoffwechsel mit der Natur wesentlich über die Form der Lohnarbeit vermittelt (Görg 2003). Je nach historischem und sozial-räumlichem Kontext lassen sich sehr unterschiedliche Formen der Aneignung und Extraktion von Rohstoffen finden. Eduardo Galeano beschreibt in seinem Buch

»Die offenen Adern Lateinamerikas« (Galeano 1972) die Ausrichtung des Kontinents auf die Gewinnung und den Export von Rohstoffen (etwa Silber in Bolivien oder Zuckerrohr in der Karibik) im Zuge des Kolonialismus. An der starken Fixierung zahlreicher Länder Lateinamerikas an solchen extraktivistischen Wirtschaftsmodellen hat sich bis heute wenig geändert (→ Extraktivismus). Häufig wird in Anbetracht der geringen Diversifizierung der Ökonomien und der mit der Rohstoffextraktion verbundenen sozial-ökologischen Konflikte von einem »Ressourcenfluch« (Auty 1993) gesprochen. Dies gilt nicht nur für Lateinamerika, sondern für den Globalen Süden insgesamt, also auch für weite Teile Afrikas und Asiens.

Die Kehrseite der in (semi-)peripheren Ländern verfolgten extraktivistischen Entwicklungsmodelle sind die Importabhängigkeiten von Ländern des kapitalistischen Zentrums. Der Exportweltmeister Deutschland ist beispielsweise bei metallischen Rohstoffen zu 100 Prozent auf Importe angewiesen. Die monetären Exportüberschüsse, die vorwiegend über den Industriesektor generiert werden, basieren auf diesem stetigen Zufluss von Rohstoffen (Haas 2021). Die → imperiale Produktions- und Lebensweise im Globalen Norden basiert also auf der stetigen Aneignung und dem Zugriff auf Arbeitskraft und Rohstoffe im Globalen Süden (Brand/Wissen 2017). Ohne den globalen Handel mit Rohstoffen wäre eine globalisierte und stark arbeitsteilige kapitalistische Ökonomie nicht möglich. Die Rohstoffexporte der Länder des Globalen Südens sind die Grundlage für die Industrieproduktion und den Massenkonsum des Globalen Nordens.

Mit der weitgehenden Dekolonialisierung der Länder des Globalen Südens haben sich zwar die Abhängigkeitsverhältnisse rekonfiguriert, sie bestehen jedoch unter geänderten Vorzeichen fort. An der Ausrichtung auf den Rohstoffexport im Globalen Süden hat sich mit Ausnahme von einigen Staaten der Semiperipherie wenig geändert. Doch die Rohstoffpreise unterliegen teils sehr starken Schwankungen. Diese gehen auf Änderungen von Angebot und Nachfrage, aber auch Spekulationen oder Schwankungen der Währungskurse zurück. Insbesondere in Ländern, deren Ökonomie kaum diversifiziert ist, kann das zu massiven Problemen führen. Ein Beispiel dafür ist etwa Venezuela, dessen extraktivistisches Entwicklungsmodell auf Öl beruht. Im Zuge des Preisverfalls ab Ende 2014 geriet das linke, chavistische Regierungsprojekt in erhebliche Bedrängnis, denn die Staatseinnahmen brachen erheblich ein und damit die Finanzierungsgrundlage für öffentliche Infrastrukturen und Sozialprogramme (Tauss 2016). Hier zeigen sich die Vermittlungszusammenhänge von Rohstoffextraktion, globalen Finanzströmen und den gesellschaftlichen Verhältnissen im Allgemeinen.

Rohstoffe sind also ein zentraler und umkämpfter Baustein in der Gestaltung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse. In der Definition von Rohstoffen, der Form der Extraktion und dem ungleichen Zugang zu Rohstoffen, um die in der Geschichte auch vielfach Kriege geführt wurden, bilden sich globale Macht- und Herrschaftsverhältnisse ab. Denn die stetige Steigerung des Rohstoffabbaus ist die Grundlage für die globalisierte kapitalistische Wachstumsökonomie, die mit massiven Ungleichheiten verbunden ist. In den letzten Jahren hat die Rohstoffpolitik eine wachsende Aufmerksamkeit erfahren, hervorgerufen durch Entwicklungen und Verschiebungen in der globalen Ökonomie, aber auch durch konzeptionelle Entwicklungen wie die Debatten um die imperiale Lebensweise oder die Externalisierungsgesellschaft (→ Externalisierung), die wiederum anknüpfen an die neu entfachten politischen Kontroversen um Rohstoffe. Insofern stellt die Rohstoffpolitik ein zentrales Feld für die Politische Ökologie dar, denn sie führt rohstoffpolitische Debatten nicht auf Fragen der Effizienz-

steigerungen eng, sondern versteht Rohstoffpolitik als umkämpftes, vermachtetes Terrain, in dem um die Gestaltung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse gerungen wird (Kalt/Lage 2019).

Zur Politischen Ökologie von Rohstoffen und Rohstoffpolitik

Es gibt unterschiedliche Forschungsstränge, die sich mit rohstoffpolitischen Fragen beschäftigen. Ein Ansatz, der für die Adressierung der Rohstoffpolitik eigentlich prädestiniert wäre, ist der *Global Value Chain* Ansatz (GVC). Dieser beschäftigt sich mit globalen Lieferketten, also der Verknüpfung von unterschiedlichen, aber aufeinander aufbauenden Produktionsprozessen. Der GVC wurde von Gary Gereffi aus der Welt-systemtheorie heraus entwickelt und fokussiert darauf, welche Ungleichheiten entlang der globalen Wertschöpfungskette existieren (Gereffi 1994). Der *Global Production Network* Ansatz (GPN) wiederum kritisiert die Engführung auf die betriebliche Ebene im Rahmen des GVC und berücksichtigt stärker die Einbettung der Wertschöpfungsprozesse in den gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhang (Sablowski 2019). Was jedoch in beiden Ansätzen kaum reflektiert wird, so die Kritik von Isabella Radhuber (2015), ist die Rohstoffextraktion, die am Beginn jeglicher Form von Wertschöpfung steht und zu einem erheblichen Teil die gesellschaftlichen Naturverhältnisse prägt.

Ein jüngerer Debattenstrang, der den Aspekt der Rohstoffextraktion explizit thematisiert, ist die Diskussion um die imperiale Lebensweise (Brand/Wissen 2017) beziehungsweise die Externalisierungsgesellschaft (Lessenich 2016). Das Kernargument der Autoren lautet, dass die im Globalen Norden fest verankerte Lebensweise nur über den Zugriff auf Natur bzw. Rohstoffe und Arbeitskraft im Globalen Süden möglich ist. Gleichwohl ist es wichtig anzumerken, dass sowohl die Gesellschaften des Globalen Nordens als auch des Globalen Südens intern durch starke Ungleichheiten geprägt sind und sich im Weltsystem zudem durchaus Verschiebungen beobachten lassen, die sich im Zuge der Corona-Pandemie voraussichtlich weiter verschärfen werden (Schmalz 2020).

Vor dem Hintergrund der weltwirtschaftlichen Umbrüche und der Zuspitzung der ökologischen Krise hat die Rohstoffpolitik in den letzten Jahren an Aufmerksamkeit hinzugewonnen (Kalt/Lage 2019). Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass die → Digitalisierung als zentraler Ansatz propagiert wird, um ökologische Probleme wie den Klimawandel zu adressieren. Wenngleich das Potential der Digitalisierung im Hinblick auf die Eindämmung der Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse (Klimaerwärmung, → Biodiversitätsverlust etc.) zweifelhaft ist (Mahnkopf 2019), so ist unstrittig, dass dadurch neue und veränderte Rohstoffbedarfe geschaffen werden. Gleiches gilt etwa für die Elektrifizierung des Verkehrs mittels batterieelektrischer Antriebe, die eine enorme Ausweitung des Abbaus von Rohstoffen wie Kobalt, Nickel oder Lithium erforderlich machen. Zwar gibt es in der Erdkruste noch extrem große Mengen an potentiell förderbaren Rohstoffen, allerdings steigen die Preise je schlechter die Qualität der Lagerstätten ist, wie auch das sozial-ökologische Konfliktpotential (Groneweg/Reckordt 2020). Einige Rohstoffe werden deshalb auch als Konfliktrohstoffe klassifiziert, nämlich dann, wenn »deren Abbau und Handel bewaffnete Konfliktparteien finanzieren« (Reckordt 2019: 197). Gleichwohl sind Gewaltverhältnisse für die Rohstoffextraktion eher der Normalfall als die Ausnahme, zumal diese

immer eingebunden ist in globale Ungleichheitsverhältnisse und auf die Erneuerung der imperialen Lebensweise abzielt.

In den letzten Jahren wurden auf unterschiedlichen räumlichen Maßstabsebenen diverse Regulierungen erlassen, die die Rohstoffextraktion und den -handel betreffen. In Deutschland wurde unter der Großen Koalition zwischen 2017 und 2021 lange um ein Lieferkettengesetz gerungen, das die Unternehmen zu menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten entlang ihrer Lieferkette verpflichten soll. Während das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) das Gesetz forcierten, bremste das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) sowie der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) die Verabschiedung des Gesetzes aus. Der BDI argumentierte, dass es den Unternehmen nicht möglich sei, die gesamte Lieferkette zu kontrollieren und plädierte für freiwillige und unverbindliche Selbstverpflichtungen. Im Endeffekt wurde ein Lieferkettengesetz ohne zivilrechtliche Haftungsgrundlage geschaffen, ein »zahnloser Tiger« (Fratzscher 2021). Dieses Gesetz wird also die etablierten Macht- und Herrschaftsverhältnisse entlang der Lieferkette in keiner Weise abbauen und in dieser Form auch keine Impulse für eine sozial-ökologische Wende in der Rohstoffpolitik setzen.

Die zumindest diskursive Aufwertung der Relevanz von Rohstoffpolitik in Verbindung mit der sich abzeichnenden Veränderung der Rohstoffbedarfe und den wachsenden Konflikten darum führt zu einer Intensivierung der Debatte um die Möglichkeiten des Recyclings beziehungsweise des Konzepts der Kreislaufwirtschaft. Bisher werden etwa in der Europäischen Union die wenig ambitionierten Recyclingquoten zumeist nicht erreicht. Damit wird die Möglichkeit vergeben, durch die Nutzung von Sekundärrohstoffen (also durch Recycling gewonnene Rohstoffe) den Bedarf an Primärrohstoffen (also direkt aus der Natur extrahierte Rohstoffe) zu senken. Im Rahmen des *European Green Deal* (EGD), der im November 2019 vorgestellt wurde, fokussiert die Europäische Kommission stark auf das Konzept der Kreislaufwirtschaft. Sie strebt die Erhöhung der Recyclingquoten an, die gerade vor dem Hintergrund der zu erwartenden Etablierung von Elektroautos (und damit stark ansteigenden Bedarfe nach metallischen Rohstoffen) an Bedeutung gewinnt. Gleichwohl ist es keineswegs ausgemacht, dass die EU auf dem Weg zu einer Kreislaufwirtschaft ist, denn der EGD ist ein Wachstumsprojekt, Recycling erfordert immer einen gewissen energetischen Aufwand und Rohstoffe lassen sich meist nur zu einem bestimmten Grad recyceln (Haas/Jürgens 2021).

Fazit

Rohstoffe sind also stark umkämpft und auf komplexe Art und Weise mit gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die symbolische und materielle Aneignung von Natur vermittelt. Die Perspektiven der Politischen Ökologie eignen sich als Ansatzpunkt, um diese Konflikte und damit verbundene Ungleichheitsverhältnisse analytisch zu durchdringen und zugleich Perspektiven für eine Überwindung der imperialen Lebensweise zu entwickeln, die sich auch wesentlich über den ungleichen Zugriff auf Rohstoffe konstituiert (Kalt/Lage 2019).

Literatur

- Auty, Richard M. (1993): *Sustaining Development in Mineral Economies. The Resource Curse Thesis*, London/New York: Routledge.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus*, München: oekom.
- Chahoud, Tatjana (1997): »Internationale Rohstoffpolitik«, in: Ulrich Albrecht/Helmut Volger (Hg.): *Lexikon der Internationalen Politik*, München/Wien: Oldenbourg, S. 252-254.
- Fratzscher, Marcel (2021): »Der faule Kompromiss beim Lieferkettengesetz«, in: *DIW Wochenbericht*, 88. Jg., Nr. 8, S. 128.
- Galeano, Eduardo (1972): *Die offenen Adern Lateinamerikas. Die Geschichte eines Kontinents*, Wuppertal: Peter Hammer Verlag.
- Gereffi, Gary (1994): »The Organization of Buyer-Driven Global Commodity Chains: How U.S. Retailers Shape Overseas Production Networks«, in: Gary Gereffi/Miguel Korzeniewicz (Hg.): *Commodity Chains and Global Capitalism*, Westport/London: Praeger, S. 95-122.
- Görg, Christoph (2003): *Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Groneweg, Merle/Reckordt, Michael (2020): »Zwischen ernsthaften Bemühungen und Greenwashing. Die Automobilindustrie als Treiber sauberer Lieferketten?«, in: Achim Brunnengräber/Tobias Haas (Hg.): *Baustelle Elektromobilität. Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf die Transformation der (Auto-)Mobilität*, Bielefeld: transcript, S. 255-278.
- Haas, Tobias (2021): »Die Mobilitätswende als Auslöser einer tief greifenden Transformation des »Modell Deutschland«?«, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 62. Jg., Nr. 1, S. 149-170.
- Haas, Tobias/Jürgens, Isabel (2021): »Die europäische Landung auf dem Mond? Der European Green Deal als Projekt ökologischer Modernisierung«, in: *PROKLA* 202, 51. Jg., Nr. 1, S. 133-140.
- Kalt, Tobias/Lage, Jonas (2019): »Die Ressourcenfrage (re)politisieren! Suffizienz, Gerechtigkeit und sozial-ökologische Transformation«, in: *GAIA*, 28. Jg., Nr. 3, S. 256-259.
- Lessenich, Stephan (2016): *Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*, München: Hanser.
- Mahnkopf, Birgit (2019): »Produktiver, grüner, friedlicher? Die falschen Versprechen des digitalen Kapitalismus«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 64. Jg., Nr. 10, S. 89-98.
- Radhuber, Isabella M. (2015): »Extractive Processes, Global Production Networks and Inequalities«, https://refubium.fu-berlin.de/bitstream/handle/fub188/19830/WP_89_Radhuber_Online.pdf?sequence=1&isAllowed=y (Zugriff am: 26.11.2020).
- Reckordt, Michael (2019): »Konfliktrohstoffe«, in: Jan Brunner/Anna Dobelmann/Sarah Kirst/Louisa Prause (Hg.): *Wörterbuch Land- und Rohstoffkonflikte*, Bielefeld: transcript, S. 197-204.
- Sablowski, Thomas (2019): »Weltmarkt, Nationalstaat und ungleiche Entwicklung. Zur Analyse der Internationalisierung des Kapitals (Teil 1)«, in: *PROKLA* 194, 49. Jg., Nr. 1, S. 7-34.

- Schmalz, Stefan (2020): »Der Corona-Crash in China«, in: PROKLA 199, 50. Jg., Nr. 2, S. 355-362.
- Schmitt, Tobias (2017): Dürre als gesellschaftliches Naturverhältnis. Die politische Ökologie des Wassers im Nordosten Brasiliens, Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Tauss, Aaron (2016): »Venezuela: Die »bolivarianische Revolution« in der Krise«, in: PROKLA 183, 46. Jg., Nr. 2, S. 325-330.
- Zimmermann, Erich (1951): World Resources and Industries, überarb. Aufl., New York: Harper & Brothers.